

Großdemo: Heute 14 000 Lübecker auf der Straße?

LÜBECK – Die Hansestadt erlebt heute Abend mutmaßlich die größte Demonstration, die sie seit langem gesehen hat.

Die Lübecker Studentenschaft ruft zu einem Sternmarsch auf, der auf dem Markt enden soll. Dorthin wird per Lautsprecher die LN-Podiumsveranstaltung in St. Petri übertragen. Die Veranstalter gehen von bis zu 14 000 Kundgebungsteilnehmern aus. Der Protest richtet sich gegen die Pläne der Landesregierung, den Medizinstudiengang abzuwickeln. **Lübeck**

**Lübeck
kämpft
für seine
UNI**

LN-Forum: De Jager sagt Teilnahme ab

KIEL – Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) hat seine Teilnahme am LN-Forum heute in St. Petri (18.30

Uhr) aus familiären Gründen abgesagt. De Jagers Mutter war am Sonntag gestorben, sie wird am Montag beigesetzt. Der Minister nehme seit Mittwochnachmittag vorerst keine Termine mehr wahr, teilte eine Ministeriumssprecherin mit. Auf der Podiumsdiskussion zur Zukunft der Lübecker Uni wird de Jager von seiner Staatssekretärin Cordelia Andreßen vertreten.

**Lübecks
Uni
bleibt!**

Carstensen hat keine Mehrheit mehr für Uni-Schließung

VON WOLFRAM HAMMER

LÜBECK/KIEL – Die CDU-FDP-Landesregierung hat ihre Mehrheit für eine Zerschlagung der Mediziner-Uni Lübeck verloren. „Eine Schließung der medizinischen Fakultät der Universität Lübeck ist mit mir nicht zu machen“, erklärte der Stockelsdorfer CDU-Landtagsabgeordnete Hartmut Hamerich gestern gegenüber den LN. Zuvor hatte bereits der Lübecker FDP-Abgeordnete Gerrit Koch klargestellt, dass er die Schließungspläne nicht mittragen werde. Da Schwarz-Gelb in Kiel nur über eine Stimme Mehrheit verfügt, wäre eine Schließung der Mediziner-Ausbildung im Parlament damit nicht mehr durchsetzbar.

Schon in den letzten Wochen hatte Hamerich in seinem Wahlkreis Eutin-Süd mehrfach Stellung für die Uni Lübeck bezogen. „Ich habe auch in der Fraktion meine Meinung gesagt“, betont der 55-Jährige. Jetzt folgte auch öffentlich die klare Ansage Richtung Kiel. Es sei schließlich unvernünftig, eine Fakultät zu schließen, die „über einen längeren Zeitraum im nationalen Ranking unbestritten den ersten Platz in Deutschland einnimmt“, so Hamerich. Außerdem drohe Schaden für die anderen Wissenschaften wie die Medizintechnik und die vielen Betriebe, die sich ihretwegen in der Region angesiedelt haben. Das alles sei in Kiel offenbar „nicht bis zum Ende durchgerechnet worden“. Von der Fakultät würden eben nicht nur 1500 Studienplätze abhängen.

Grundsätzlich hält Hamerich die Sparpolitik der Landesregierung zwar für dringend notwendig. Es könne aber „nicht allein die Aufgabe Lübecks sein, hier entsprechende Vorschläge für eine Gegenfinanzierung zu machen, hier ist das ganze Land gefragt“, so der Christdemokrat. Konkret: Die Uni Lübeck könne nicht das gesamte geplante Einsparvolumen von 24 Millionen Euro pro Jahr schultern, ein Teil der Summe müsse auch in anderen Bereichen im Landeshaushalt gespart werden. Außerdem sei es richtig, den Bund finanziell stärker an der Mediziner-Ausbildung zu beteiligen.



Er sagt nein: Hartmut Hamerich (CDU).



Er sagt nein: Gerrit Koch von der FDP.

„Ich kann mich Hamerichs Worten nur anschließen“, lobte FDP-Mann Gerrit Koch gestern. Es sei schön zu wissen, dass immer mehr Politiker die Lage so einschätzen würden wie er. Die bisherige Diskussion, da ist sich Koch sicher, werde schon bald zu einem Konzept führen, das die Zukunft der Mediziner-Ausbildung und der gesamten Uni Lübeck dauerhaft sichern wird „und mit dem alle einverstanden sind“.

Gestern waren Uni-Präsident und Kanzler bereits zu einem Gespräch bei CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager gefahren, um über ihr alternatives Sparkonzept zu verhandeln. Offenbar ahnte man dort im Ministerium bereits, dass es die Mehrheit für eine Uni-Schließung nicht mehr gibt. Bis zur Sommerpause, so hieß es gestern jedenfalls in Kiel, solle aus dem Konzept nun ein gemeinsames Grundsatzpapier entstehen.

Gestern waren Uni-Präsident und Kanzler bereits zu einem Gespräch bei CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager gefahren, um über ihr alternatives Sparkonzept zu verhandeln. Offenbar ahnte man dort im Ministerium bereits, dass es die Mehrheit für eine Uni-Schließung nicht mehr gibt. Bis zur Sommerpause, so hieß es gestern jedenfalls in Kiel, solle aus dem Konzept nun ein gemeinsames Grundsatzpapier entstehen.